

St. Pölten, 13. April 2018
Dion/ÖA-Ma/Soh

NÖGKK-Obmann Hutter warnt vor Aus für AUVA Funktionierendes System wird an die Wand gefahren: Großkonzerne werden belohnt, Arbeitnehmer und Kranke bestraft

„Eine mutwillige Zerschlagung der AUVA wäre eine Katastrophe für das österreichische Sozialsystem, würde die Gesundheit der Menschen aufs Spiel setzen und die bewährte Gesundheitsversorgung in Österreich zerstören“, sagt Obmann Gerhard Hutter von der NÖ Gebietskrankenkasse (NÖGKK) zu den Drohgebärden und schrittweise bekannt gewordenen Plänen der Bundesregierung. „Die AUVA übernimmt seit jeher nicht nur die Unfallheilbehandlung und Unfallprävention in unserem Land, sondern sie ist ein unverzichtbarer Baustein in der medizinischen Versorgung und im Sozialstaat Österreich.“

Die Arbeit aller Sozialversicherungsträger ist wichtig für die Menschen und trägt zu Sicherheit und Stabilität bei. „Das österreichische Sozialsystem funktioniert wie ein Uhrwerk, um das uns viele andere Länder beneiden. Es ist unverantwortlich, einfach so ein Zahnrad herauszubrechen und damit die Bevölkerung, Patienten, Unfallrentner sowie Beschäftigte in der AUVA zu verunsichern“, führt der NÖGKK-Obmann aus.

Arbeitnehmer zahlen die Zeche

„Beim System zu sparen klingt toll“, so Hutter. „Für den einzelnen Arbeitnehmer und Patienten schaut das in Wirklichkeit aber anders aus.“ Es sei unmöglich, nur über die Verwaltung soviel Geld einzusparen. Die Gesamtverwaltungskosten der AUVA betragen 90 Millionen Euro. 500 Millionen Euro weniger in der AUVA, wie es der Plan der Regierung vorsieht, bedeuten deshalb 500 Millionen Euro weniger für das Gesundheitssystem im Land. „Um die medizinische Versorgung auf dem bestehenden Niveau erhalten zu können, müssten entweder die Arbeitnehmer über höhere Krankenkassenbeiträge oder die Länder tiefer in die

Geldbörse greifen. Andernfalls werden wohl Leistungen gekürzt werden müssen. Und das alles nur, um für Großkonzerne ein Körbergeld zu finanzieren. Denn gerade die ersparen sich nämlich diese Millionen“, erläutert Hutter. Der Plan der Regierung ist es, die Beiträge der Arbeitgeber zur Unfallversicherung von 1,3 auf 0,8 Prozent zu senken.

Eine weitere Gefahr sieht der NÖGKK-Obmann, wenn durch die Einsparungen die Unfallprävention in den heimischen Betrieben zurückgenommen wird. „In den vergangenen Jahrzehnten ist es gelungen, die Arbeitsplätze sicherer zu gestalten. Die Zukunft sieht jetzt aber düster aus: Bald drohen uns wieder mehr Arbeitsunfälle“, ist Hutter überzeugt.

Die Rechnung geht nicht auf

Die Unfallversicherung wurde vor mehr als hundert Jahren nicht zuletzt deshalb gegründet, um den Unternehmen die Haftungsfrage bei Arbeitsunfällen abzunehmen. Durch eine Abschaffung der AUVA wird dieses gut bewährte System in Frage gestellt und stellt vor allem Chefs von kleineren und mittleren Betrieben vor unsichere Zeiten. „Der Plan der Regierung rechnet sich für die Betriebe nicht. Auf der einen Seite stehen zwar ein paar Euro weniger pro Monat, die der Arbeitgeber zu zahlen hat. Auf der anderen Seite drohen aber mehr Arbeitsunfälle, Krankenstände und Haftungsrisiken. Großunternehmen können damit leben, auf KMUs kommen gefährliche Zeiten zu“, warnt Hutter.

Stopp der Filetierung des Sozialstaates!

Gerhard Hutter appelliert, ein funktionierendes System nicht an die Wand zu fahren und auf die Kürzung von Geldern im Gesundheitswesen zu verzichten. Denn hier gehe es nicht um Zahlenspiele, sondern um drohende Leistungseinschränkungen und damit um die Gefährdung des gesamten Sozialstaates. „Verantwortungsvolle Reformen sehen anders aus. Wir sind bereit für Gespräche, aber eine Filetierung der Sozialversicherung ist der falsche Weg. Unsere Sozialversicherung ist kein Auslaufmodell, sondern ein Erfolgsmodell für die Zukunft“.